Gesetz über kantonale Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung

(Erlassen von der Landsgemeinde am 1. Mai 1966)
(Genehmigt vom Bundesrat am 15. August 1966)

Art. 1

Grundsatz Im Kanton Glarus wohnhaften Bezügerern einer Rente der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) oder einer Rente bzw. Hilflosenentschädigung der Invalidenversicherung (IV) werden im Rahmen dieses Gesetzes Ergänzungsleistungen gewährt. Auf diese besteht ein Rechtsanspruch.

A. Persönliche Voraussetzungen

Art. 2*

Bezügerkreis
a. Schweizer ¹ Schweizer Bürger, die eine Rente der AHV oder eine Rente bzw. Hilflosenentschädigung der IV beziehen, haben bei Erfüllung der materiellen Voraussetzungen Anspruch auf Ergänzungsleistungen.

b. Ausländer ² Ausländer sind den Schweizer Bürgern gleichgestellt, wenn sie sich unmittelbar vor dem Zeitpunkt, von dem an die Ergänzungsleistung verlangt wird, ununterbrochen 15 Jahre in der Schweiz aufgehalten haben.

c. Flüchtlinge und Staatenlose ³ Flüchtlinge und Staatenlose sind den Schweizer Bürgern gleichgestellt, wenn sie sich unmittelbar vor dem Zeitpunkt, von dem an die Ergänzungsleistung verlangt wird, ununterbrochen fünf Jahre in der Schweiz aufgehalten haben.

B. Materielle Voraussetzungen

Art. 3*

Einkommensgrenze ¹ Anspruchsberechtigt sind Personen, deren anrechenbares Jahreseinkommen die vom Landrat im Rahmen von Artikel 3^b Absatz 1 Buchstabe a des Bundesgesetzes festgesetzten Grenzbeträge nicht erreicht.

² Für die Vergütung von Kosten, die durch Heimaufenthalte, Krankheit, Pflege oder Hilfsmittel entstehen, erhöht sich die Einkommensgrenze in Anwendung von Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe d des Bundesgesetzes um zwei Drittel.

Art. 4*

Ermittlung des Einkommens und der Einkommensgrenzen in Sonderfällen

¹ Zu den Einkommensgrenzen für Alleinstehende und Ehepaare oder Personen in eingetragener Partnerschaft sind für Kinder, die einen Anspruch auf Zusatzrenten der AHV oder der IV begründen, die für Waisen massgebenden Grenzbeträge hinzuzuzählen; ferner sind bei Witwen mit rentenberechtigten Waisen sowie bei zusammenlebenden Mutter- und Vollwaisen alle massgebenden Einkommensgrenzen zusammenzuzählen. Dabei sind jeweils die Einkommensgrenzen für zwei Kinder voll, für zwei weitere je zu zwei Dritteln und für die übrigen je zu einem Drittel anzurechnen.

² Das anrechenbare Einkommen von Ehegatten oder von Personen in eingetragener Partnerschaft, von Personen mit rentenberechtigten oder an der Rente beteiligten Kindern sowie von zusammenlebenden Waisen ist zusammenzurechnen. Bei Mutterwaisen ist das Einkommen des Vaters ebenfalls zu berücksichtigen.

³ Kosten, die durch den Aufenthalt in einem Pflegeheim oder Spital entstehen, werden in Anwendung von Artikel 3^b Absatz 2 Buchstabe *a* in Verbindung mit Artikel 5 Absatz 3 Buchstabe *a* des Bundesgesetzes höchstens bis zum Betrag von 400 Prozent der Einkommensgrenze für Alleinstehende gemäss Artikel 3 Absatz 1 des Gesetzes berücksichtigt.

⁴ Bei Aufenthalt in einem Altersheim beträgt die Begrenzung 40 Prozent, in einem Invalidenheim 60 Prozent des nach Absatz 3 ermittelten Betrages.

⁵ Weitere Sonderfälle, insbesondere die Ermittlung des Einkommens und der Einkommensgrenze bei getrennt lebenden Familiengliedern, werden in der Vollziehungsverordnung geregelt.

Art. 5*

Anrechenbares Einkommen

¹ Als Einkommen werden angerechnet:

- a. Erwerbseinkünfte in Geld oder Naturalien;
- b. Einkünfte aus beweglichem oder unbeweglichem Vermögen sowie ein Fünftel, bei Altersrenten ein Zehntel und solchen in Heimen und Heilanstalten ein Fünftel des Reinvermögens, soweit es bei Alleinstehenden 25 000 Franken, bei Ehepaaren oder Personen in eingetragener Partnerschaft 40 000 Franken und bei Waisen sowie bei Kindern, die einen Anspruch auf Kinderrenten der AHV oder der IV begründen, 15 000 Franken übersteigt;
- c. Renten, Pensionen und andere wiederkehrende Leistungen, einschliesslich der Renten der AHV sowie der IV;

- d.* Leistungen aus Verpfändungsvertrag und ähnlichen Vereinbarungen;
- e.* Familienzulagen;
- f.* Einkünfte und Vermögenswerte, auf die zur Erwirkung von Ergänzungsleistungen verzichtet worden ist.

² Vom jährlichen Erwerbseinkommen sind insgesamt 1000 Franken bei Alleinstehenden und 1500 Franken bei Ehepaaren oder Personen in eingetragener Partnerschaft und Personen mit rentenberechtigten oder an der Rente beteiligten Kindern ausser Rechnung zu lassen und vom Rest zwei Drittel anzurechnen.

Art. 6 *

Nicht anrechenbares Einkommen

Nicht als Einkommen werden angerechnet:

- a.* Verwandtenunterstützungen gemäss Artikel 328 ff. des Zivilgesetzbuches;
- b.* Armenunterstützungen;
- c.* öffentliche oder private Leistungen mit ausgesprochenem Fürsorgecharakter;
- d.* Hilflosenentschädigungen der Alters- und Hinterlassenenversicherung oder der Invalidenversicherung;
- e.* Stipendien und andere Ausbildungsbeihilfen.

Art. 7 *

Abzüge vom Einkommen

Vom Einkommen werden abgezogen:

- a.* Gewinnungskosten;
- b.* Schuldzinsen;
- c.* Gebäudeunterhaltungskosten im Rahmen der Vollziehungsverordnung;
- d.* Prämien für Lebens-, Unfall-, Invaliden- und Arbeitslosenversicherungen bis zum jährlichen Höchstbetrag von 300 Franken bei Alleinstehenden und 500 Franken bei Ehepaaren oder Personen in eingetragener Partnerschaft und Personen mit rentenberechtigten oder an der Rente beteiligten Kindern sowie Beiträge an die AHV, die IV und die Erwerbsersatzordnung;
- e.* ausgewiesene, im laufenden Jahr entstandene Kosten für Arzt, Zahnarzt, Arznei und Krankenpflege sowie für Hilfsmittel;
- f.* Mietzinsen bis zum Höchstbetrag gemäss Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe *b* des Bundesgesetzes einschliesslich des Nebenkostenabzuges gemäss Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe *c* des Bundesgesetzes.

Art. 7^{a*}

Persönliche
Auslagen von
Heimbewoh-
nern

Für persönliche Auslagen von Heimbewohnern wird folgender Abzug in Prozenten der Einkommensgrenze für Alleinstehende gemäss Artikel 3 Absatz 1 des Gesetzes gewährt:

- a. 20 Prozent bei Aufenthalt in Pflegeabteilungen von Heimen und Spitälern sowie von Invalidenheimen, sofern der Krankenversicherer zumindest die Hälfte des maximalen Pflegebeitrages leistet;
- b. 30 Prozent bei Aufenthalt in Altersheimen sowie in Invalidenheimen in den übrigen Fällen.

Art. 8^{}**

.....

Art. 9^{*}

Ergänzende
Vorschriften
und Anpassung
ans Bundes-
recht

Der Regierungsrat kann im Rahmen des Gesetzes nähere Vorschriften über das anrechenbare und das nicht anrechenbare Einkommen und Vermögen sowie über die Abzüge vom Einkommen erlassen. Er ist ermächtigt, die Bestimmungen dieses Gesetzes allfälligen Revisionen des Bundesgesetzes anzupassen.

C. Höhe und Auszahlung der Leistungen**Art. 10**

Höhe der
Ergänzungs-
leistung

¹ Die jährliche Ergänzungsleistung entspricht dem Unterschied zwischen der nach diesem Gesetz massgebenden Einkommensgrenze und dem anrechenbaren Jahreseinkommen.

² Wurde die Rente der AHV oder der IV wegen schuldhafter Herbeiführung des Versicherungsfalls verweigert oder gekürzt, so ist auch die Ergänzungsleistung zu verweigern oder entsprechend zu kürzen.

³ Die jährliche Ergänzungsleistung ist in der Weise aufzurunden, dass der Monatsbetrag volle Franken ergibt. Die minimale jährliche Ergänzungsleistung beträgt 60 Franken.

Art. 11

Sicherung der
Leistungen

Jeder Anspruch auf Ergänzungsleistungen ist unabtretbar, unverpfändbar und der Zwangsvollstreckung entzogen. Jede Abtretung oder Verpfändung ist nichtig. Vorbehalten bleibt Artikel 12.

^{**} Aufgehoben durch B des RR vom 6. November 1972 (N 37 2719)

Art. 12

Auszahlung der Leistungen und Gewährleistung zweckmässiger Verwendung

¹ Die Ergänzungsleistung wird in der Regel dem Berechtigten ausbezahlt. Die Vorschriften der Bundesgesetzgebung über die AHV betreffend die Auszahlung der Renten und die Gewährleistung deren zweckmässigen Verwendung sind sinngemäss anwendbar.

² Die Ergänzungsleistung der kantonalen Ausgleichskasse wird in der Regel monatlich durch die Post ausgerichtet.

Art. 13**

.....

Art. 14**

.....

Art. 15

Überprüfung

Die persönlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Ergänzungsleistungen sind periodisch zu überprüfen.

Art. 16

Rückerstattung und Erlass

¹ Zu Unrecht bezogene Ergänzungsleistungen sind zurückzuerstatten, unter Vorbehalt der Bestimmungen der Bundesgesetzgebung über die AHV.

² Die rechtskräftigen Verfügungen der kantonalen Ausgleichskasse stehen vollstreckbaren Gerichtsurteilen im Sinne von Artikel 80 des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs gleich.

D. Organisation und Verfahren**Art. 17**

Organe
a. Kantonale Ausgleichskasse
b. Gemeinnützige Institutionen

¹ Die Durchführung dieses Gesetzes wird der kantonalen Ausgleichskasse übertragen. Die sich daraus ergebenden Verwaltungskosten gehen zu Lasten des Kantons.

² In Härtefällen können gemeinnützige private Institutionen angerufen werden.

³ Der Regierungsrat trifft die erforderlichen Vereinbarungen über die Koordination der Tätigkeit der kantonalen Ausgleichskasse und der gemeinnützigen Institutionen.

** Art. 13 aufgehoben durch B des RR vom 6. Nov. 1972 (N37 2719)

** Art. 14 aufgehoben durch B des RR vom 18. Jan. 1971 (N35 2492)

Art. 18

Gesuchseinreichung und Entscheid

¹ Gesuche um Gewährung einer Ergänzungsleistung sind der AHV-Gemeindezweigstelle am Wohnsitz des Gesuchstellers einzureichen, von dieser auf die Richtigkeit der gemachten Angaben zu überprüfen und an die kantonale Ausgleichskasse weiterzuleiten.

² Die kantonale Ausgleichskasse entscheidet über das Gesuch.

³ Die Verwaltungskosten der Zweigstellen gehen zu Lasten der Gemeinden.

Art. 19*

Verwaltungskosten der Zweigstellen
Auskunfts- und Schweigepflicht

¹ Die Verwaltungs- und Rechtspflegebehörden des Kantons und der Gemeinden, die Arbeitgeber und alle Stellen, die den Anspruchsberechtigten betreuen, sind verpflichtet, der kantonalen Ausgleichskasse kostenlos die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen Auskünfte zu erteilen und die sachdienlichen Unterlagen einzureichen.

² Wer für sich oder einen anderen eine Ergänzungsleistung beansprucht, eine solche bezieht oder zur Gesuchseinreichung befugt ist, hat der kantonalen Ausgleichskasse alle Auskünfte zu erteilen und die Unterlagen einzureichen, die zur Prüfung der massgebenden Verhältnisse notwendig sind.

³ Die mit der Durchführung dieses Gesetzes betrauten Organe haben über ihre Wahrnehmungen Dritten gegenüber Verschwiegenheit zu bewahren.

E. Finanzierung**Art. 20***

Finanzierung der Leistungen

¹ Die nach Abzug des Bundesbeitrages verbleibenden jährlichen Aufwendungen werden vom Kanton und von den Gemeinden je zur Hälfte getragen.

² Der auf die Gemeinden entfallende Anteil wird aufgrund der aktuellsten mittleren Einwohnerzahl berechnet und ist von den Ortsgemeinden zu einem Drittel und den Fürsorgegemeinden zu zwei Dritteln zu tragen.

³ Die Ausgleichskasse stellt den Gemeinden für ihren Anteil Rechnung.

F. Rechtspflege und Strafbestimmungen**Art. 21****

.

Art. 22*

Rechtsschutz ¹ Gegen die aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Verfügungen kann der Betroffene binnen 30 Tagen beim Verwaltungsgericht Beschwerde erheben.

² Das Recht zur Beschwerdeführung steht auch den Blutsverwandten in auf- und absteigender Linie und den Geschwistern des Leistungsansprechers zu.

Art. 23**

.

Art. 24

Strafbestimmungen Es gelten die Strafbestimmungen des Bundesgesetzes über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung vom 19. März 1965.

G. Übergangs- und Schlussbestimmungen**Art. 25**

Aufhebung der bisherigen Alters- und Hinterlassenenfürsorge Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes sind die vom Regierungsrat am 21. April 1949 erlassenen Ausführungsbestimmungen zum Bundesbeschluss vom 8. Oktober 1948 über die Verwendung der der Alters- und Hinterlassenenversicherung aus den Überschüssen der Lohn- und Verdienstersatzordnung zugewiesenen Mittel¹⁾ aufgehoben.

Art. 26

Vollziehungsverordnung ¹ Der Landrat erlässt eine Vollziehungsverordnung zu diesem Gesetz²⁾.

Inkrafttreten ² Dieses Gesetz tritt unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch den Bundesrat auf den 1. Juli 1966 in Kraft.

Vollzug ³ Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

** Art. 21, 23 aufgehoben LG 3. Mai 1987

¹⁾ N 14 789

²⁾ GS VIII D/13/2

Änderungen des Gesetzes:

- LG 4. Mai 1969 (N 33 2272)
Art. (3), 6 Bst. *d*, (7 Bst. *e*), 9 ergänzt, neues Marginale,
in Kraft ab 1. Jan. 1970
- RR 18. Jan. 1971 (N 35 2492)
Art. (3), (5 Abs. 1 Bst. *b* und Abs. 2), (7 Bst. *d*, *e*, *f*),
14 (+), (23) Änderungsbeschluss Ziff. 11. «Im Übrigen
gelten die Vorschriften laut BG betreffend Änderung
des BG über Ergänzungsleistungen zur AHV und IV
vom 9. Oktober 1970 sowie der dazugehörigen V
des BR. Die diesen Bundeserlassen widersprechen-
den kant. Bestimmungen sind aufgehoben.» In Kraft
ab 1. Jan. 1971
- RR 6. Nov. 1972 (N 37 2719)
Art. 2 Abs. 2 und 3, (3), (5 Abs. 2), (7 Bst. *f*), 8 (+), 13 (+),
(23), in Kraft ab 1. Jan. 1973, Art. (3) ab 1. Jan. 1975
- RR 2. Dez. 1974 (N 39 2899)
(Art. 3, 7 Bst. *f*) in Kraft ab 1. Jan. 1975
- RR 12. Juli 1976 (SBE 1. Bd. Heft 1)
(Art. 3, 7 Bst. *f*) in Kraft ab 1. Jan. 1977
- RR 24. Sept. 1979 (SBE 1. Bd. Heft 9)
(Art. 3) in Kraft ab 1. Jan. 1980
- RR 18. Aug. 1981 (SBE 2. Bd. Heft 2 S. 93)
(Art. 3, 7 Bst. *f*) in Kraft ab 1. Jan. 1982
- RR 30. Aug. 1983 (SBE 2. Bd. Heft 6 S. 286)
(Art. 3, 7 Bst. *f*) in Kraft ab 1. Jan. 1984
- RR 26. Aug. 1985 (SBE 2. Bd. Heft 10 S. 458)
(Art. 3, 7 Bst. *f*) in Kraft ab 1. Jan. 1986
- RR 1. Sept. 1986 (SBE 3. Bd. Heft 2 S. 101)
Art. 3 Abs. 2 (n), (4 Abs. 3 und 4 [n]), Abs. 5 bisher
Abs. 3, (5 Abs. 1 Bst. *b*), Abs. 2, 7 Bst. *f*, (7^a [n]), in Kraft
ab 1. Jan. 1987. Genehmigt vom EDI am 2. Okt. 1986
- LG 3. Mai 1987 (SBE 3. Bd. Heft 3 S. 226)
Art. 19 Abs. 3, 21 (+), 22, 23 (+) in Kraft ab 1. Okt. 1987
- RR 27. Okt. 1987 (SBE 3. Bd. Heft 4 S. 292)
(Art. 3 Abs. 1) in Kraft ab 1. Jan. 1988
- RR 8. Nov. 1988 (SBE 3. Bd. Heft 6 S. 458)
(Art. 4 Abs. 3) in Kraft ab 1. Jan. 1989; genehmigt vom
EDI am 15. Dez. 1988
- RR 7. Nov. 1989 (SBE 4. Bd. Heft 2 S. 147)
(Art. 3 Abs. 1), 7 Bst. *e*, (7^a) in Kraft ab 1. Jan. 1990
- RR 9. April 1991 (SBE 4. Bd. Heft 6 S. 487)
(Art. 4 Abs. 3 und 4) in Kraft ab 1. Mai 1991
- RR 22. Okt. 1991 (SBE 5. Bd. Heft 2 S. 74)
(Art. 3 Abs. 1), (5 Abs. 1 Bst. *b*) in Kraft ab 1. Jan. 1992
- LG 5. Mai 1996 (SBE 6. Bd. Heft 3 S. 232)
(Art. 7 Bst. *d*) in Kraft ab 1. Jan. 1997
(EG KVG, VIII D/21/1 Art. 30 Abs. 2)

- LG 1. Mai 2005 (SBE 9. Bd. Heft 4 S. 226)
Art. 3 Abs. 1, 4 Abs. 3 und 4, 7^a, RR bestimmt Inkraft-
treten, 20 Abs. 2 ab 1. Januar 2005 (rückwirkend).
Genehmigt vom EDI am 19. August 2005
- LG 7. Mai 2006 (SBE)
Art. 4 Abs. 1 und 2, 5 Abs. 1 Bst. *b* und Abs. 2, 7 Bst. *d*
(Partnerschaftsgesetz), RR bestimmt Inkrafttreten